**PRESSEMITTEILUNG**

13.10.2022

# Scheerer: Entscheidung des Innenministeriums zu Christoph 41 nächste Woche versucht Mängel des Gutachtens zu verdecken

**Basierend auf einem Gutachten aus München möchte die Landesregierung die Luftnotrettung in Baden-Württemberg neu ordnen und den Rettungshubschrauber Christoph 41 von seiner aktuellen Station am Leonberger Krankenhaus abziehen und verlegen. Der Protest gegen diese Pläne ist allerdings groß, zog eine Petition nach sich und erhält außerdem Unterstützung aus der Politik. Neben Oberbürgermeister Cohn und Landrat Bernhard ist Hans Dieter Scheerer, Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Leonberg, einer der größten Verfechter für den Verbleib von Christoph 41. Nachdem der Gemeinderat in Wannweil (Landkreis Reutlingen) eine Bewerbung auf die mögliche neue Luftrettungsstation für den Rettungshubschrauber Christoph 41 zunächst abgelehnt hatte, hat nun ein Bürgerbegehren einen Bürgerentscheid zu einer möglichen Entscheidung am 06.11.2022 erzwungen. Dieser könnte aber zu spät kommen, will das Innenministerium die Entscheidung zur Stationierung von Christoph 41 doch bereits nächste Woche treffen.**

„Dass das Innenministerium nun dem Bürgerentscheid in Wannweil vornweg greifen möchte und seine Entscheidung über die Standortverlegung bereits nächste Woche und damit vor dem 06.11. treffen will, ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie planlos und mittlerweile verzweifelt dort agiert wird. Langsam scheint nämlich auch den Entscheidern im Ministerium klar zu werden, dass das Gutachten, auf dem sie Ihre Entscheidung basieren, eklatante und offensichtliche Mängel hat. Weil man ja aber schon rund 235.000 Euro dafür ausgegeben hat will man nun mit aller Macht eine fachlich notwendige Zweitbegutachtung verhindern“, erklärt Scheerer.

Und die Kritikpunkte am Gutachten sind mannigfaltig: Angefangen bei einer veralteten Datengrundlage, der Missachtung von wichtigen Faktoren wie demographischer Entwicklung und den Wetterverhältnissen an einem möglichen neuen Standort bis hin zur geänderten Hilfsfrist für eintreffende Rettungsmittel von 15 auf 12 Minuten im neuen Rettungsdienstplan. „Anders als der Sprecher des Ministeriums uns glauben machen will, sind diese Punkte gut begründet und werden von Experten vor Ort bestätigt“, ergänzt Scheerer.

„Und wenn das Ministerium dann das Totschlagargument aufführt, Kritiker an der Verlegung von Christoph 41 würde die Ängste der Bevölkerung schüren ist das schlicht und einfach falsch und selbst kein guter politischer Stil“, kritisiert Scheerer, der sich noch im Sommer mit dem für die Notfallrettung zuständigen Staatssekretär im Innenministerium, Wilfried Klenk, ausgetauscht hatte. „Das Ziel aller muss sein, die bestmögliche Luftrettung für Baden-Württemberg zur Verfügung zu stellen. Das passiert aber nicht, wenn man sich auf nicht ausreichende Gutachten verlässt und die Bedenken der Menschen vor Ort ignoriert. Denn diese sind ernst zu nehmen und das Ministerium wäre gut beraten mehr Transparenz in seine Entscheidung zu bringen, statt Petitionen mit Regierungsmehrheiten im Landtag abzuschmettern.“

„Ich werde mich als Abgeordneter daher weiter energisch für den Verbleib von Christoph 41 einsetzen und kümmere mich um die Anliegen der Menschen in der Region“, verspricht Scheerer. „Und mit ausreichendem politischen Druck können wir hier vielleicht auch etwas bewegen.“